

08.09.2014

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der CDU

Frontalangriff auf den Rechtsstaat: „Scharia-Polizei“ patrouilliert in Nordrhein-Westfalen

Ende vergangener Woche wurde bekannt, dass in der Wuppertaler Innenstadt seit geraumer Zeit eine Gruppe von Salafisten unter der Bezeichnung „Scharia-Polizei“ auf Streife geht. Die selbsternannten Sittenwächter erheben mit gelben Verbotshinweisen den Anspruch auf eine „Shariah Controlled Zone“ („Scharia-kontrollierte Zone“). Darauf sind Verhaltensregeln der radikalen Muslime festgehalten: Kein Alkohol, kein Glücksspiel, keine Musik und Konzerte, keine Pornografie und Prostitution, keine Drogen.

Über ihre Umtriebe stellten die Salafisten ein mehrminütiges Propaganda-Video ins Internet. Darin ist zu sehen, wie sie Passanten ansprechen, zu Predigten einladen oder in Geschäfte gehen, um Bürger auf ihren Verhaltenskodex aufmerksam zu machen. Dabei tragen die muslimischen Sittenwächter orangefarbene Warnwesten mit der Aufschrift „Sharia Police“ („Sharia-Polizei“). Wie „Der Westen“ berichtet, sollen Mitglieder der „Scharia-Polizei“ sogar versucht haben, Jugendliche daran zu hindern, Diskotheken zu besuchen. Wer sich widersetze, sei verfolgt worden.

Am Ende ihres Videoclips kündigen die Salafisten an, entsprechende Aktionen künftig auch in anderen Städten durchführen zu wollen. Dort heißt es: „Scharia-Polizei: Bald auch in deiner Stadt.“

Dass eine radikale islamistische Minderheit auf unseren Straßen einen religiösen Verhaltenskodex propagiert, der sich über deutsche Gesetze stellt, ist ein Frontalangriff auf den deutschen Rechtsstaat. Deshalb muss der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde über das Versagen der rot-grünen Landesregierung im Kampf gegen die Ausbreitung salafistischer Strukturen in Nordrhein-Westfalen diskutieren.

Lutz Lienenkämper

und Fraktion

Datum des Originals: 08.09.2014/Ausgegeben: 08.09.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--